*Otto Winzer*

# Der Vaterlandsverrat des Dr. Konrad Adenauer

## Vom Separatismus zur „Integration Europas“

DIETZ VERLAG BERLIN

1952

Die vorliegende Broschüre enthält zwei Aufsätze Otto Winzers: der erste ist in der „Einheit", Heft 1, Januar 1952, unter dem Titel „Der Sieg über den Separatismus nach dem ersten Weltkrieg", der zweite im „Neuen Deutschland" vom 30. Dezember 1951 unter dem Titel „,Integration Europas' – eine Losung der amerikanischen Imperialisten" erschienen.

*Der Verlag*

51.—100. Tausend



Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Lizenznummer 1

Druck: (III, 9/1) Sachsenverlag, Druckerei- und Verlags-Gesellschaft mbH, Dresden N 23, Riesaer Straße 32 7557

# Der Vaterlandsverrat des Separatistenführers Dr. Konrad Adenauer

*Der Sieg über den Separatismus nach dem ersten Weltkrieg und seine Lehren für den nationalen Kampf um die Einheit Deutschlands*

Ostern 1945 erschienen in Paris unter dem Titel „Die rheinische Tragödie“ (La Tragédie Rhenane) die Erinnerungen des ehemaligen rheinischen Separatistenführers Dr. Dorten. Die Zensurnummer des Buches deutet darauf hin, daß es mit allerhöchster Genehmigung wahrscheinlich nicht nur der damaligen Behörden de Gaulles, sondern auch des amerikanisch-englischen Oberkommandos erschien. Das Erscheinen des Dortenschen Buches zu diesem Zeitpunkt kann keinesfalls als zufällig betrachtet werden.

Die imperialistischen Kräfte der USA, Englands und Frankreichs wollten den Hitlerkrieg mit einer Zerstückelung und Aufteilung Deutschlands beenden. Ihre Pläne waren zwar in Teheran und Jalta am Widerstand der von Stalin geführten sowjetischen Delegation gescheitert, sie hatten jedoch ihre Absichten durchaus nicht aufgegeben. Das Dortensche Buch kam ihnen also sehr gelegen. Es hatte die alten Pläne der Losreißung der Rheinlande einschließlich Westfalens und Oldenburgs zum Inhalt und schilderte die deutschen Kräfte, die hinter diesen Versuchen standen oder sich mit ihnen solidarisierten. Es propagierte nicht nur die Zerstückelung Deutschlands, sondern zeigte auch die deutschen Kräfte, mit deren Hilfe man sie betreiben könnte.

Wie Dorten in seinem Buch mitteilt, hat er die amtlichen und viele andere Dokumente aus der Separatistenzeit von 1918 bis 1923 in der Hoover War Library in der Universität Stanford/Kalifornien (USA) hinterlegt. Es ist kaum anzunehmen,

daß die amerikanische Regierung sich dieser Dokumente nicht bedient hätte. Sie wußte also, auf welche separatistischen Kräfte sie sich für die Durchsetzung ihrer Deutschlandpolitik stützen konnte. Daher ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß das amerikanische Kommando sofort nach dem Einmarsch Herrn Dr. Konrad Adenauer zum Oberbürgermeister von Köln ernannte, von wo er im Jahre 1918 seine separatistische Tätigkeit entfaltet hatte. Adenauers Bindungen an die amerikanische Politik rühren also nicht nur aus seiner Verschwägerung mit McCloy und der finanzkapitalistischen Morgangruppe her. Die amerikanischen Behörden waren aufs beste über seine landesverräterische Vergangenheit informiert und wußten genau, wie sie ihn zu packen hatten, um ihn zum willfährigen Instrument ihrer Politik zu machen.

## *Der Rabbi und der Mönch ...*

Ehe wir auf Dortens Aussagen über Adenauer eingehen, scheint noch eine Vorbemerkung zweckmäßig. Wenn je für zwei Politiker Heinrich Heines Worte Geltung hatten, „daß sie alle beide stinken", so für Dorten und Adenauer. Wie aus Dortens Aussagen hervorgeht, hat er im Jahre 1919 eng mit Adenauer zusammengearbeitet. Man kann ihn mit gutem Recht als Beauftragten und Mitarbeiter Adenauers bezeichnen. In den folgenden Jahren spielte Dorten die Rolle eines extremen Separatisten, ohne jedoch seine Verbindungen zu dem Kreis um Adenauer völlig abreißen zu lassen. Im schweren Jahr 1923, dem Jahr der Ruhrbesetzung und des ansteigenden revolutionären Kampfes, betrieb das westdeutsche Monopolkapital wieder aktiv die Losreißung der Rhein-Ruhr-Gebiete von Deutschland. Zu dieser Zeit wurde auch die direkte Zusammenarbeit zwischen Adenauer und Dorten wiederhergestellt.

Dortens Aussagen über Adenauer sind also nicht nur glaubhaft, man darf sogar annehmen, daß er nicht alle Verbrechen Adenauers an der deutschen Nation ausgeplaudert hat. Dorten wollte sich 1945, wie aus seinem Vorwort hervorgeht, bei dem

„Frankreich Charles de Gaulles“ Liebkind machen und dürfte daher manches „Verdienst“ Adenauers um den Separatismus verschwiegen oder verkleinert haben. Immerhin schien es zweckmäßig, andere Schriften und Dokumente über den Separatismus heranzuziehen und zu prüfen, ob sie Dortens Aussagen über den Vaterlandsverrat Adenauers bekräftigen. Das ist geschehen, und das Urteil, zu dem man auf Grund einer solchen Prüfung über Adenauer kommen muß, ist geradezu vernichtend.

Mit vollem Recht hat der bürgerliche Demokrat Dr. Fritz Brüggemann, als er im Juni 1919 seinen „Beitrag zur Geschichte und Kritik der rheinischen Abfallbewegung während des Waffenstillstandes im Jahre 1918/19“ schrieb, unter dem frischen Eindruck der Ereignisse festgestellt, daß die Vorschläge, die Adenauer und sein Klüngel damals öffentlich vertraten, sich vollkommen mit den Voraussetzungen der Paragraphen 81, Nr. 3, und 82 des Reichsstrafgesetzes über den Hochverrat deckten, auf die lebenslänglich Zuchthaus oder lebenslänglich Festungshaft standen. Dabei kannte Brüggemann noch nicht die Interna und die Einzelheiten, die wir jetzt aus dem Buch von Dorten entnehmen können. Sie überführen Adenauer durchaus einwandfrei des Hoch- und Landesverrats.

### *Die Pläne der Zerstückelung Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg*

Im ersten Weltkrieg war es das erklärte Ziel der französischen Imperialisten und ihrer politischen Beauftragten Clemenceau, Poincaré und Tardieu, nicht nur Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich anzuschließen, sondern sich darüber hinaus auch des ganzen Saargebiets zu bemächtigen. Aus den übrigen auf dem linken Rheinufer gelegenen deutschen Gebieten sollte ein „selbständiger und neutraler Staat“ errichtet werden. Französische Truppen sollten ihn so lange besetzt halten, bis alle im Friedensvertrag festgesetzten Bedingungen und Sicherheiten vollständig erfüllt sind. Durch eine Zollunion sollte er auch wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen werden.

Diese Angaben stützen sich nicht auf irgendwelche Zeitungsmeldungen, sondern bildeten den Inhalt eines Abkommens, das am 14. Februar 1917 zwischen der französischen Regierung und der zaristischen Regierung Rußlands abgeschlossen worden war. Die Kenntnis dieses Geheimvertrages verdankt die Weltöffentlichkeit und in erster Linie das deutsche Volk dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Im Kampf um die Beendigung des ersten Weltkrieges veröffentlichte die Sowjetregierung die Geheimverträge über die Kriegsziele, die die zaristische Regierung mit den Ententemächten geschlossen hatte. Darunter war auch dieser Vertrag mit Frankreich, durch dessen Veröffentlichung die Sowjetregierung wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Zerstückelung Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg vereitelt werden konnte.

Doch es blieb nicht bei diesem Plan. Die imperialistischen Kräfte Frankreichs lancierten mit Hilfe des finanzkapitalistischen und schwerindustriellen Flügels der Zentrumspartei noch viel weitergehende Pläne der Zerstückelung Deutschlands. Am 11. Januar 1919 brachte die Londoner „Times" einen Artikel über „Die Politik der Rheinlande"[1], in dem sie einen Aufteilungsplan wiedergab, der in der „Kölnischen Volkszeitung", einem Organ Adenauers und der Zentrumspartei, entwickelt worden war. Danach sollte die Aufteilung Deutschlands folgendermaßen aussehen:

1. Eine rheinisch-westfälische Republik, umfassend die Rheinprovinz, Westfalen, Hessen-Nassau, Großherzogtum Hessen und die Rheinpfalz;
2. eine Donau-Republik, umfassend Baden, Württemberg, Bayern, Deutsch-Österreich;
3. eine Nordsee-Ostsee-Republik, umfassend Oldenburg, Hannover, die Hansestädte, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen;

---

[1] Siehe Dr. Fritz Brüggemann. „Die Rheinische Republik", Bonn 1919, Anhang.

4. eine deutsche Zentralrepublik, umfassend alle anderen mitteldeutschen Staaten, das Königreich Sachsen sowie die preußischen Provinzen Sachsen, Brandenburg, Schlesien und Posen.

Es soll hier nicht untersucht werden, welche Rolle der römische Klerus, der damals und auch später die Schaffung katholisch beherrschter Staaten anstrebte, bei der Ausarbeitung dieses ungeheuerlichen Planes gespielt hat. Unzweifelhaft ist, daß mit Verwirklichung dieses Planes Deutschland aufgehört hätte, als Nationalstaat zu bestehen. Die „Kölnische Volkszeitung" und der hinter ihr stehende Zentrumsklüngel um Adenauer können den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die weitgehendsten Pläne der Zerstückelung Deutschlands zuerst öffentlich propagiert zu haben.

### *Handlanger des vaterlandslosen Finanzkapitals*

Die Zerstückelungspläne der französischen Imperialisten wurden gerade dadurch erst so gefährlich, daß sich in Deutschland Kräfte fanden, die sie unterstützten. Der ehemalige Staatsanwalt Dr. Dorten hatte, wie er selbst schreibt, „als Mitglied des Klubs der rheinischen Industriellen ständige Verbindung mit einigen Führern der Schwerindustrie". Bereits im Sommer 1918 beginnen in diesen Kreisen die Vorbereitungen, das von ihnen in den Krieg gehetzte deutsche Volk preiszugeben und sich auf die Seite der Sieger zu schlagen. Aus Furcht vor einer Revolution, in der die notleidenden und gepeinigten Volksmassen mit den Kriegstreibern abrechnen könnten, waren die Bankherren, Kanonenkönige und Schlotbarone bereit, mit dem von ihnen viel gelästerten „Erbfeind", dem französischen Imperialismus, gemeinsame Sache gegen das deutsche Volk und die Einheit Deutschlands zu machen. Dorten schildert, daß er 1918 in Düsseldorf eine Zusammenkunft mit Industriellen hatte, die aus Aachen, Köln und von der Ruhr gekommen waren. Sie eröffneten Dorten, daß

„uns das geschlagene, verkleinerte und verarmte Deutschland keine genügenden Märkte mehr bietet, und dies ist um so verheerender, als wir durch die Niederlage auf lange Zeit den Zugang zu den Weltmärkten verloren haben. Es bleibt uns nur eine Möglichkeit: die Idee der *Gründung eines unabhängigen rheinischen Staates, der auf beiden Ufern des Rheins fast alle Industriegebiete umfaßt.* Nach seiner Errichtung wird uns dieser Staat die Möglichkeit zur direkten Verständigung mit den Siegern geben und die Grundlage einer ständigen Zusammenarbeit mit Frankreich bilden, dessen Wirtschaftsleben unseren Bedürfnissen besser entspricht." (S. 41.)[1]

Dorten nennt hier keinerlei Namen. Erst später geht er auf die Rolle des Kölner Bankiers Louis Hagen ein, der als Großaktionär Aufsichtsratsvorsitzender in 13 Gesellschaften, stellvertretender Vorsitzender in 11 anderen Gesellschaften und Aufsichtsratsmitglied in 39 weiteren Aktienunternehmungen war. An erster Stelle der Gesellschaften, deren Aufsichtsratsvorsitzender er war, standen die der großen Fabriken des Pulver- und Sprengstoffkonzerns (Köln-Rottweil), die im ersten Weltkrieg maßlose Profite gemacht hatten. Dieser typische Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals hat als Vorsitzender des Präsidiums der Kölner Handelskammer von Anfang an entscheidenden Einfluß auf die separatistische Bewegung im Rheinland gehabt.[2]

Es wäre aber falsch, Louis Hagen etwa als schwarzes Schaf unter den westdeutschen Finanzkapitalisten zu betrachten. Der bürgerliche Demokrat Dr. Fritz Brüggemann nennt in seiner Schrift „Die Rheinische Republik" vor allem die Kölner Bankkreise, das Bankhaus Oppenheim, das Bankhaus Stein, den Vorsitzenden des Braunkohlensyndikats, Dr. Silverberg, und zahlreiche andere. Diese Finanzkapitalisten gründeten bereits im Januar 1919 „zur Wahrnehmung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen ein neues unparteiisches Gremium zur Betreibung der Errichtung einer rheinischen Republik". Zum Vor-

---

[1] Dr. J. A. Dorten, „La Tragédie Rhenane", Verlag Robert Laffont, Paris 1945. Im folgenden beziehen sich die Seitenangaben im Text auf das Buch Dortens.

[2] Siehe Felix Pinner, „Deutsche Wirtschaftsführer", Verlag der Weltbühne, Charlottenburg 1925, S. 321—323.

sitzenden dieses Ausschusses wurde niemand anders als Dr. Konrad Adenauer gewählt.

Bei der Darlegung der Beweggründe für die separatistische Politik der rheinischen Bankherren weist Brüggemann darauf hin, daß der Bankier Heinrich von Stein Vorsitzender des Aufsichtsrats der Internationalen Bank in Luxemburg war, während sieben weitere deutsche Finanzherren zu dessen Mitgliedern zählten. Um ihre Stellung und ihren Einfluß in der Internationalen Bank nicht zu verlieren, hatten diese Finanzherren, wie Brüggemann schreibt, „ein Interesse an einer Milderung ihrer Nationalität". Schamloser war wohl noch selten um des Profites willen mit der Existenz einer Nation gespielt worden.

Der von den Nazis ermordete kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Stoecker hat im Jahre 1923 in zahlreichen Artikeln den konkreten Nachweis geführt, daß außer den oben Genannten auch Otto Wolff mit seinem großen Konzern für die Loslösung der Rhein-Ruhr-Gebiete vom Reich eintrat und daß auch Hugo Stinnes zu den Hintermännern der separatistischen Bewegung gehörte.

Nach diesen Feststellungen ist es einleuchtend, daß die wirkliche Gefahr des Separatismus nicht von den paar tausend lumpigen Gesellen kam, die sich um Smeets, Matthes und andere Achtgroschenjungen der französischen Imperialisten scharten. Die ernsteste, wirklich gefährliche Bedrohung der Einheit Deutschlands kam von dem finanzkapitalistischen und schwerindustriellen Flügel der Zentrumspartei, der den sogenannten „legalen Separatismus" betrieb. Der wichtigste Exponent des „legalen Separatismus" aber war niemand anderes als der damalige Oberbürgermeister von Köln und heutige Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer.

### *Adenauer bietet sich an*

Als Dorten im Auftrage der rheinischen Finanz- und Industrieherren Ende 1918 die Verbindung zu Dr. Karl Hoeber, dem damaligen Chefredakteur der „Kölnischen Volkszeitung"

und Generalsekretär des Rheinischen Zentrumsausschusses aufnahm, wurde ihm Konrad Adenauer als der Kandidat für die Präsidentschaft des rheinischen Staates vorgestellt, auf den sich alle separatistischen Kräfte einigen könnten. Adenauer selbst war der Meinung, daß das Schicksal des Rheinlandes von der französischen Haltung abhing. Er hatte daher den offiziellen Besuch eines höheren französischen Offiziers in Köln zur Aufnahme von Verhandlungen benutzt. Dorten schreibt darüber:

„*Wörtlich sagte er dem Franzosen:*

‚*Wir sind bereit, uns von Preußen zu trennen,* das die Rheinländer durch seinen verbrecherischen Ehrgeiz in den Ruin führte und sich auf Kosten des Rheinlands bereicherte. *Ich habe den Auftrag, Sie um Ihre Vorschläge zu ersuchen;* als Gegenleistung kann ich Ihnen meine Mitarbeit anbieten.‘" (S. 42.)

Gleichzeitig aber verhandelte Adenauer mit Oberst Ryan, dem Chef des Politischen Departements im englischen Hauptquartier. Die Engländer hatten ein gewisses Interesse daran, durch den Oberbürgermeister von Köln, das sie besetzt hatten, Einblick in die separatistische Bewegung zu haben.

### *Ein heimtückischer Plan*

Nachdem Adenauer sich so nach beiden Seiten gesichert hatte, entwickelte er vor den Führern der rheinischen Ausschüsse seinen Aktionsplan für die Schaffung einer rheinischen Republik. Dorten schildert ihn folgendermaßen:

„... als Bürgermeister besäße er (Adenauer) die einzige wahrhaft rheinische legale Autorität, um mit den Besatzungsbehörden offiziell verhandeln zu können, ohne daß Berlin etwas zu sagen hätte. Er fügte hinzu, daß man ein sozusagen gesetzliches Mittel finden müsse, damit die rheinische Bewegung auftreten könnte.

Man müsse die Wahlkampagne für die deutsche und für die preußische Verfassunggebende Versammlung ausnutzen, um die Idee des Rheinlands zu fördern... Man müsse außerdem *von den Kandidaten als Bedingung ihrer Wahl eine eidliche Erklärung für die rheinische Sache erzwingen.* Sie müßten sich verpflichten, *für die Unabhängigkeit des Rheinlandes zu stimmen,* sowie sich die Gelegenheit dazu bot...

Nach ihrer Wahl würde man die *Abgeordneten zwingen, nicht nach Berlin abzureisen, sondern sich an einer Konstituierenden Rheinischen Ver-*

*sammlung zu beteiligen,* die man sofort einberufen würde. Auf diese Art und Weise könnte man den neuen Staat von den Gewählten des souveränen Volkes offiziell ausrufen lassen, ohne daß irgendwer eingreifen könnte." (S. 43/44.)

Dieser Plan ist kennzeichnend für die hinterhältigen Methoden des Volksbetruges, die Adenauer bis auf den heutigen Tag liebt und anwendet. Er wußte, daß die Mehrheit der rheinischen Bevölkerung den Separatismus ablehnte. Darum wollte er zur Deutschen Nationalversammlung wählen lassen, die Kandidaten für die Wahl aber so auswählen, sie so bearbeiten oder unter Druck setzen, daß die Wahl zur Nationalversammlung in eine Wahl zur Konstituierenden Versammlung der Rheinischen Republik umgefälscht werden konnte. Nach diesem ungeheuerlichen Volksbetrug glaubte er — noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung —, eine Volksabstimmung für die Lostrennung der Rheinlande wagen zu können. Dieser Plan war derart infam, daß man ihn für eine üble Erfindung Dortens halten könnte. Adenauers weiteres Vorgehen entspricht jedoch durchaus der Darstellung Dortens.

Bei seinen Verhandlungen mit den Engländern hatte Adenauer erkennen müssen, daß sie, was sich auch aus englischen Regierungserklärungen ergab, kein Interesse an einem rheinischen Pufferstaat hatten, in dem sie eine weitere Verstärkung der Macht Frankreichs auf dem europäischen Kontinent sahen. In seinem hemmungslosen Separatismus spielte Adenauer deshalb mit dem Gedanken, einen nordrheinischen Staat zu bilden, der etwa die englische und belgische Besatzungszone, aber auch sehr weite, nicht besetzte Gebiete auf dem rechten Rheinufer umfassen sollte. Auf Dortens Einwand, daß dadurch eine Spaltung zwischen dem Norden und Süden des Rheinlandes herbeigeführt würde, antwortete Adenauer:

„Wenn Sie diese unglückselige Spaltung vermeiden wollen, müssen zwei Bedingungen zunächst erfüllt werden. Bringen Sie mir die Zustimmung des Südens und die Zustimmung oder noch besser die wirksame Hilfe der Franzosen.

‚Sie wollen also ohne Berlin vorgehen und Sie ziehen nicht die Errich-

tung eines Staates im Rahmen des Reiches in Betracht?' fragte ich (Dorten). Adenauer antwortete mir:

Das Reichsproblem stellen wir, wenn dies uns als opportun erscheint; *solange die spartakistische Gefahr nicht beseitigt ist, denkt niemand an die Rückkehr ins Reich.*" (S. 45.)

Nach dieser Unterredung übernahm Dorten die Bearbeitung des südlichen Rheinlandes, wobei er die besondere Hilfe des Bischofs von Limburg hatte, der ihm seinen Generalvikar, Monsignore Hoehler, zur Unterstützung beigab. Dorten suchte vor allem von Gemeinderäten des südlichen Rheinlandes Zustimmungs- und Beitrittserklärungen zu einer rheinischen Republik zu bekommen.

Zum 1. Februar berief Adenauer die geplante Versammlung der Abgeordneten und Bürgermeister der rheinischen Gebiete nach Köln ein. Auf dieser Versammlung sollte durch Adenauer der Westdeutsche Freistaat proklamiert werden. Danach sollte Dorten den Beitritt des Südens überbringen und ein einheitlicher rheinischer Staat geschaffen werden.

### *Die rheinische Arbeiterschaft greift ein*

Die Einladung der rheinischen Bürgermeister und Abgeordneten zum 1. Februar konnte natürlich nicht geheim bleiben. Die deutsche Öffentlichkeit wurde alarmiert. Die Massen der Bevölkerung nahmen entschieden gegen die geplante Proklamation eines Westdeutschen Freistaates Stellung. Der Druck der Massen blieb nicht ohne Einfluß auf die Abgeordneten und Bürgermeister, besonders diejenigen, die nicht der Zentrumspartei angehörten. Dorten berichtet, daß „der bis dahin recht umgängliche" sozialdemokratische Kölner Parteiführer Sollmann „plötzlich in der ‚Rheinischen Zeitung' eine gehässige Kampagne begann". Dennoch glaubte Adenauer, seinen Plan durchsetzen zu können. Dorten schreibt über seine Beratungen mit Adenauer am Vorabend des 1. Februar:

„Für uns war es also klar, daß Frankreich grundsätzlich eine Aktion unterstützen würde, die von den Rheinländern selbst ausging und die auf ihre Unabhängigkeit abzielen würde.

Diese Erwägungen hatten Adenauer dazu geführt, nichts am Programm der Konstituierenden Versammlung zu ändern. Er informierte mich über die Rede, die er für den kommenden Tag vorbereitet hatte — eine energische Rede, die mit dem Vorschlag der Proklamierung des Westdeutschen Freistaates endete." (S. 53.)

Um die Abgeordneten für seine Pläne gefügig zu machen, malte Adenauer unter Berufung auf völlig unkontrollierbare Informationen die große Gefahr aus, die dem Rheinland durch eine direkte Annexion drohe. Wörtlich erklärte er:

„Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich oder wir werden eine westdeutsche Republik. Ein Drittes gibt es nicht."

Die Zentrumsabgeordneten unterbreiteten der Versammlung einen Antrag, nach dem der Nationalversammlung durch eine sofortige Volksabstimmung am Rhein vorgegriffen werden sollte. Ein Ausschuß rheinischer Abgeordneter sollte die Abstimmung unverzüglich in die Wege leiten.

Inzwischen machte sich der energische Widerstand, den die werktätigen Massen dem nationalen Verrat Adenauers an der Einheit Deutschlands entgegensetzten, immer drohender geltend. Eine dafür bezeichnende Episode berichtet Dorten. Als er am Morgen des 1. Februar Adenauer aufsuchte, fand er ihn sehr nervös und deprimiert. In der Nacht war im Park eine Grube ausgehoben worden, an der ein Schild mit der Inschrift stand: „Hier ruht Adenauer, erster Präsident der Rheinischen Republik."

Dem Druck der Massen waren besonders die sozialdemokratischen Vertreter ausgesetzt, die sich gezwungen sahen, den Zentrumsantrag abzulehnen. Das war jedoch keine grundsätzliche Ablehnung des Separatismus, denn es wurde ein Parlamentarischer Ausschuß von acht Abgeordneten (vier vom Zentrum, zwei von der SPD und zwei von der Demokratischen Partei) unter dem Vorsitz Adenauers gewählt. Es wurde beschlossen, diesen Ausschuß mit der „weiteren Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verband des Deutschen Reiches" zu beauftragen.[1]

---

[1] Siehe Dr. Fritz Brüggemann, „Die Rheinische Republik", S. 48—50.

Der infame Plan von Adenauer und Dorten war gescheitert. Adenauer gab jedoch das Spiel nicht auf, hielt es aber angesichts des gerechten Zornes der Arbeitermassen für geraten, selber im Hintergrund zu bleiben. Er schickte die extremen Separatisten vor, um durch ihre Aktionen einen Druck auf den am 1. Februar gewählten Parlamentarischen Ausschuß auszuüben. Dorten berichtet über eine Unterredung, die er am 2. Februar 1919 mit Adenauer hatte:

„Zu meiner großen Überraschung heuchelte er absolutes Vertrauen in das Gelingen unseres Planes. Er forderte mich auf, meine Arbeit im Süden weiterzuführen und sagte, daß mein Erfolg ihm das beste Mittel in die Hand geben würde, um den Ausschuß zur Aktion zu drängen ... Er zielte darauf ab, daß ich meine Anstrengungen bei den Franzosen weiterverfolgen sollte, ‚denn', sagte er, ‚sie sind es ja, die schließlich am Gelingen unserer Pläne am meisten interessiert sind'." (S. 55.)

Die Leute, die jetzt in der separatistischen Bewegung wieder in den Vordergrund traten, waren Adenauers Vertrauensmann und Intimus Dr. Josef Froberger, die beiden Zentrumsabgeordneten Oberpfarrer Kastert und Oberlehrer Kuckhoff (alle drei aus Köln), Dr. Dorten aus Wiesbaden und der Oberpostassistent Dahlen aus Aachen. Ihr Sprachrohr war, wie bisher, die Adenauersche „Kölnische Volkszeitung".

Da hier keine Geschichte des Separatismus geschrieben werden soll, übergehen wir die Einzelheiten des Zusammenspiels Adenauers mit dem Präsidenten der Kölner Handelskammer, Louis Hagen, und den diversen „Vorbereitenden Ausschüssen" und „Rheinischen Ausschüssen", die eine Werbetätigkeit für eine Volksabstimmung über eine rheinische Republik entfalteten. Auch die Verhandlungen mit den französischen Generalen über eine aktive Unterstützung der Separatistenbewegung durch die Franzosen gingen weiter. In Landau und Speyer kam es zu örtlichen Versuchen, die Loslösung von Preußen oder dem Reich zu proklamieren. Schließlich machten die vereinigten rheinischen Ausschüsse unter Führung der obengenannten fünf Parteigenossen und Kumpane Adenauers am 1. Juni 1919 den Versuch, in Wiesbaden, Mainz und anderen Orten Nassaus und Rhein-

hessens eine rheinische Republik auszurufen. Alle diese separatistischen Putsche brachen jedoch elendiglich zusammen.

Die Ursachen für den Bankrott des Separatismus im Jahre 1919 sind durchaus nicht — wie Dorten das tun möchte — in den Ränken der Regierungen Preußens und des Reichs zu suchen, sondern in dem aktiven Widerstand der Volksmassen. Selbst der bürgerliche Demokrat Brüggemann sah sich in seinem Buch zu der Feststellung veranlaßt, daß „entscheidender als die ganzen Verhandlungen und Resolutionen der Parlamente von Weimar und Berlin" die von den Arbeitern für den Fall der Verkündung der rheinischen Republik erhobene Forderung nach dem Generalstreik war. Als Beweis dafür führt er an:

„Tatsächlich hatte *Sollmann* denn auch bereits bei einer Versammlung von tausend Vertrauensleuten der Freien Gewerkschaften am 22. März in Köln *die größte Mühe gehabt, das Verlangen nach einem Proteststreik gegen die Treibereien des Zentrums zu beschwichtigen.* Als nur die Namen Kastert und Adenauer in dieser Versammlung genannt worden waren, war die Empörung losgebrochen und *stürmisch der Rücktritt Adenauers verlangt worden.*" [1]

Und bei der Behandlung des Separatistenputsches vom 1. Juni schreibt er:

„Am Dienstag, dem 27. Mai, verbreitete sich in Köln das Gerücht, daß Kastert an diesem Tage in Koblenz die rheinische Republik ausrufen werde. Darauf brach kurz nach mittag in Köln und auf der rechten Rheinseite der Generalproteststreik aus. Ohne das geringste Zutun der Sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften verließen die Arbeiter alle Betriebe, die Straßenbahnen fuhren nicht mehr und ungeheure Volksmassen wälzten sich in Köln auf die Straße ... Viele Tausende von Menschen beteiligten sich an großen Umzügen. Auf der rechten Rheinseite fanden gewaltige Massenversammlungen unter freiem Himmel statt, in denen die Arbeiter die sofortige Verhaftung von Froberger, Kastert und Kuckhoff verlangten." [2]

So war es jedoch nicht nur in dem englisch besetzten Köln, sondern auch in den französisch besetzten Gebieten, wo die Putschversuche, obwohl die Franzosen zu ihrer Unterstützung Truppen einsetzten, ebenfalls am Widerstand der Bevölkerung scheiterten. Die französischen Generale Mangin und Gérard

---

[1] Ebenda, S. 82.
[2] Ebenda, S. 109.

rächten sich, indem sie Arbeiter und vor allem Eisenbahner, die sich an dem Generalstreik gegen die Separatisten beteiligt hatten, ins Gefängnis werfen ließen.

Der Kampfwille und die Aktionen der Arbeiter waren es, die der ersten Separatistenbewegung zur Zerreißung Deutschlands den Todesstoß gegeben hatten.

### *Adenauers Verrat am Kampf gegen die Ruhrbesetzung*

Die Niederlage des Separatismus im Jahre 1919 hatte Adenauer jedoch nur als eine Mahnung zur Vorsicht betrachtet. Er trat vorläufig völlig in den Hintergrund. Das änderte sich in dem Moment, da die Ruhrbesetzung das deutsche Volk in eine neue Katastrophe und maßloses Elend stürzte. Dr. Adenauer dachte gar nicht daran, das deutsche Volk in seinem Kampf gegen die maßlosen Ansprüche Poincarés und der französischen Imperialisten zu unterstützen. Im Gegenteil, er und seine Kumpane vom schwerindustriellen Flügel des Zentrums hatten alles getan, um die deutsch-französischen Beziehungen zuzuspitzen und die Ruhrbesetzung im Januar 1923 herbeizuführen.

Unter dem Schutz französischer Bajonette verstärkten die Separatisten nunmehr ihre Aktivität und traten offener als bisher auf. Sie glaubten, die maßlose Not der breitesten Massen der Bevölkerung für ihren nationalen Verrat mißbrauchen zu können. Die diversen Splittergruppen schlossen sich zusammen. Unter dem Schutz französischer Truppen und mit ihrer direkten Hilfe veranstalteten sie große Versammlungen, zu denen sie ihre dünn gesäten Anhänger aus allen Rhein-Ruhr-Gebieten zusammenholten. Ihre Terrorgarden wurden von den Franzosen bewaffnet. In dieser Situation, als das deutsche Volk aufs schwerste um seine nationale Existenz und Einheit rang, trat Adenauer erneut als Vaterlandsverräter aktiv in Erscheinung.

### *Eine separatistische „Währungsreform"*

Angesichts der riesenhaften Not der Bevölkerung infolge des rasenden Sturzes der deutschen Mark erschien den Separatisten

bereits damals eine „separate Währungsreform" als das beste und sicherste Mittel, um Deutschland zu zerreißen. Dorten plante eine rheinische Währung und zu ihrer Ausgabe die Gründung einer Emissions- oder Staatsbank. Zur Not sollte es auch eine Privatbank tun, deren Kapital zur einen Hälfte von einem französischen Konsortium und zur anderen von rheinischen Bankiers und Industriellen aufgebracht werden sollte. Er schreibt darüber:

„Es war mir gelungen, rheinische und pfälzische Bankiers und Industrielle an diesem Plan zu interessieren und sie in direkte Verbindung mit dem Konsortium zu bringen." (S. 178.)

Bezeichnenderweise war, nach Dortens Angaben, auch eine der ersten Banken New Yorks, „die sich auf Staatsanleihen spezialisiert hatte", zu einer Beteiligung an diesem Unternehmen bereit.

Als alles soweit gediehen war, traten der Kölner Bankier Louis Hagen und Konrad Adenauer wieder in Erscheinung.

„Denn gerade in diesem Augenblick", schreibt Dorten, „wurde ich offiziös informiert, daß Herr *Louis Hagen*, der bekannte Kölner Bankier, höheren Orts *im Namen der rheinischen Bankiers die Gründung einer Emissionsbank vorgeschlagen hatte*, und daß dieser Vorschlag in Paris geprüft wurde. Ich wurde gebeten, mich wenigstens vorläufig jeden inopportunen Eingreifens zu enthalten. Noch ein anderer war gekommen, um mit aller Kraft einzugreifen, ein anderer, der erklärte, daß er *völlig mit Hagen einverstanden war und seine Finanzaktion mit einer weit umfassenderen Politik unterstützen würde: Konrad Adenauer*, Oberbürgermeister von Köln, Vorsitzender des Preußischen Staatsrates, ehemaliger Bevollmächtigter der rheinischen Bewegung, Führer der Legalisten!" (S. 178/179.)

Die absolute nationale Gewissenlosigkeit der Bankherren und Industriellen von Rhein und Ruhr spricht aus dem, was Dorten über das weitere Vorgehen Hagens an anderer Stelle mitteilt:

„Am 1. Dezember 1923 *lud Louis Hagen französische und rheinische Finanziers zu einer Zusammenkunft in Bonn ein*, um mit ihnen die Bildung einer rheinischen Bank zu diskutieren, deren Plan schon die Pariser Gnade gefunden hatte... In seiner Hand hielt er ein Telegramm, das er der Reichsregierung übersandt hatte. Dieses Telegramm lautete folgendermaßen: ‚Als Präsident der Handelskammer von Köln und im Namen der bedeutendsten Bankiers der rheinischen Länder weigern wir uns, den Verordnungen Folge zu leisten, die Sie uns aufzwingen wollen.'" (S. 188.)

Die Richtigkeit dieser Angaben wird in dem Porträt bestätigt, das Felix Pinner, der ehemalige Handelsredakteur des „Berliner Tageblattes“, von Louis Hagen[1] gegeben hat.

## „Wildere Separatisten als die Französlinge“

Die Bankherren und Schlotbarone von Rhein und Ruhr fürchteten die revolutionäre Entwicklung, die sich im Jahre 1923 im ganzen Reich immer stärker abzeichnete. Die großen Streiks im August 1923 hatten die Regierung Cuno hinweggefegt. Auch die Regierung Stresemann/Hilferding bot keine Gewähr, daß die ansteigende Flut des revolutionären Massenkampfes aufgehalten werden konnte. Angesichts dessen entschieden sich die sogenannten Wirtschaftsführer nicht nur zur Aufgabe des Ruhrkampfes und zur Verständigung mit den französischen Monopolherren, sondern sie wollten auch den letzten Schritt tun und die Gebiete an Rhein und Ruhr vom übrigen Deutschland losreißen. Einerseits forderten sie von der Reichsregierung die brutale Niederwerfung der Volksmassen, die um ihre Existenz kämpften, durch Reichswehr und Polizei. Andererseits bereiteten sie alles vor, um ihr Vaterland dort zu finden, wo ihnen der höchste Profit gesichert war.

Die politische Haltung des finanzkapitalistischen und schwerindustriellen Flügels der Zentrumspartei wird von Dorten folgendermaßen dargestellt:

„Die Zentrumspolitiker lassen die Maske fallen. Der Eindruck, daß Frankreich diesmal wirklich handelt und wenigstens einmal fest bleiben würde, läßt sie die Unabhängigkeit des Rheinlandes fordern, *die totale und bedingungslose Unabhängigkeit.* Sie sind zu *wilderen Separatisten als die Französlinge* geworden.

Einer der Wortführer, Herr Jarres, der Oberbürgermeister von Duisburg, gibt sich sehr viel Mühe, um die brutale Trennung mit den betrügerischen Versprechungen einer Rückkehr des Rheinlandes zum Reich zu tarnen, wenn der Feind endgültig das Land verlassen habe; aber Freunde und Gegner zweifeln an der Aufrichtigkeit dieses machiavellistischen Planes ...

‚Wir wollen eine rheinische Währung!‘ Das ist das große Wort: die

---

[1] Siehe Felix Pinner, „Deutsche Wirtschaftsführer“, S. 322.

rheinische Währung! Und die Herren des Zentrums verkünden, wenn schon nicht die Notwendigkeit der sofortigen Schaffung eines unabhängigen rheinischen Staates, dann aber die Notwendigkeit von Verhandlungen mit der Interalliierten Hochkommission für das besetzte rheinische Gebiet über *ein rheinisches Statut*, das *die absolute Freiheit des Rheinlandes* garantiert." (S. 185/186.)

Aber Adenauer wäre nicht Adenauer, wenn er diese Politik des nationalen Verrats nicht mit Winkelzügen und Täuschungsmanövern gegenüber dem deutschen Volk betrieben hätte. Er schickte den Bankier Louis Hagen vor, um sich, wie Dorten schreibt,

„... durch finanzielle Verhandlungen Klarheit zu verschaffen, wie sich Frankreich zu seinem Wiederauftreten auf der rheinischen Bühne — dieses Mal trat er als Separatist auf — verhalten würde." (S. 183.)

Das hinderte ihn jedoch nicht, auch an Verhandlungen von Vertretern der besetzten Gebiete mit Vertretern der Reichsregierung teilzunehmen. Eben weil hinter der separatistischen Bewegung die finanzkapitalistischen und schwerindustriellen Kreise des Rhein- und Ruhrgebietes standen, war das Kennzeichen der Politik der Reichsregierung hier wie immer: kein wirkliches Durchgreifen, sondern Nachgeben und Zugeständnisse an die Separatisten. Zwar erklärte Stresemann auf der Zusammenkunft, die im nichtbesetzten Gebiet stattfand, er könnte sofort alle separatistischen Politiker verhaften lassen, was das einzig Richtige gewesen wäre, gab statt dessen aber seine Zustimmung zur Bildung eines Fünfzehner-Ausschusses, der für das rheinische Gebiet mit der Interalliierten Hochkommission verhandeln sollte. Das war eine direkte Förderung der Separatisten, die sich Adenauer weidlich zunutze machte.

### *Adenauer löst Dorten ab*

Am 23. November 1923 kündigte Bürgermeister Stöck in der Sitzung des Stadtrates von Trier die Bildung einer legalistischen rheinischen Regierung als unmittelbar bevorstehend an. Stöck hatte, wie Dorten schreibt, erfahren,

„... daß Konrad Adenauer dem Vorsitzenden der HCITR (Interalliierte

Hochkommission) persönlich angeboten hatte, eine rheinische Regierung zu bilden und die Führung dieser rheinischen Regierung zu übernehmen." (S. 187.)

Dorten, der zu dieser Zeit Chef einer sogenannten „Regierung" der extremen Separatisten war, wurde daraufhin nach Koblenz gerufen. Über die Unterredung, die er dort am 4. Dezember 1923 mit dem Vorsitzenden der Interalliierten Hochkommission, Tirard, hatte, berichtet er selber:

„Der *Vorsitzende der HCITR* empfing mich mit seiner gewohnten Liebenswürdigkeit und *informierte mich über seine Verhandlungen mit Adenauer*, deren Ergebnis anscheinend die französische Regierung befriedigte. Er schloß mit folgender Frage: *‚Sind Sie bereit, Ihren Platz an Herrn Adenauer abzutreten?'*" (S. 189.)

Da Dorten die Zusicherung erhielt, daß für seine weitere Zukunft gesorgt werden würde, erklärte er sich natürlich bereit, der Weisung seiner französischen Vorgesetzten zu gehorchen. Unter den Erwägungen, die im Gespräch Dortens mit dem französischen Hochkommissar eine Rolle spielten, ist noch folgende von Interesse:

„Gewiß, man konnte nicht mit der Einmütigkeit der Rheinländer weder für mich (Dorten) noch für Adenauer rechnen. Aber deswegen war es nichtsdestoweniger klar, daß eine Zentrumsregierung unter seinem Vorsitz zu zwei Dritteln der Stimmen durch das Spiel der Parteien gesichert wurde." (S. 189.)

So weit die Aussagen des Separatistenführers Dr. Dorten. Sind sie glaubwürdig? Die Antwort kann nur lauten: Sie sind es. Sie werden übrigens durch andere Quellen bestätigt.

„Auf Grund authentischer Dokumente" hat ein Dr. Max Springer im Jahre 1924 eine Schrift über die „Loslösungsbestrebungen am Rhein" veröffentlicht. In dieser Schrift finden wir über die „Dorten-Regierung" folgenden Satz:

„Dorten verfügte vielmehr selbst zu Beginn des Dezember, daß jede ‚Aktion' unstatthaft sei und eine abwartende Haltung geübt werden müsse."[1]

Zweifellos stimmt dieser Satz völlig mit Dortens Darstellung überein, daß er auf Weisung des französischen Hochkommissars

---

[1] Dr. Max Springer, „Loslösungsbestrebungen am Rhein (1918—24)", Verlag von Franz Vahlen, Berlin 1924, S. 94.

am 4. Dezember zugunsten einer separatistischen Adenauer-Regierung abtreten mußte.

Friedrich Stampfer, der heute selbst zu den amerikahörigen Spaltern Deutschlands zählt, schreibt über die Kreise, die die separatistische Bewegung erst gefährlich machten:

„Zu ihnen gehörten vor allem der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer und der Bankier Louis Hagen, der mit Tirard über die Schaffung einer besonderen Goldwährung für das Rheinland verhandelte.“[1]

Ferdinand Friedensburg, der Parteigenosse Dr. Adenauers, muß sogar für die Herren des Verfassungsgerichtshofes der Bonner Republik ganz unverdächtig sein. Er schreibt:

„Nach dem Zusammenbruch des deutschen Widerstandes im Ruhrkampf war aber zeitweilig die Bildung eines von Deutschland mehr oder weniger losgelösten, von Frankreich abhängigen Rhein-Ruhr-Staates in bedenkliche Nähe gerückt ... Auch führende Männer ..., wie Adenauer, Louis Hagen, Stinnes, Jarres, strebten auf verschiedenen Wegen Lösungen an, die ... den besetzten Gebieten im Einvernehmen mit der übermächtigen Gewalt der französischen Bajonette ein zeitweiliges Sonderdasein ermöglichen sollten.“[2]

### *Woran ist Adenauers Vaterlandsverrat gescheitert?*

Obwohl 1923 hinter Adenauer so starke Kräfte wie der französische Imperialismus und seine Besatzungsorgane, wie Bankherren und Schwerindustrielle von Rhein und Ruhr standen, sind seine separatistischen Spekulationen und sein Verbrechen gegen die deutsche Einheit mißlungen. Die Ursachen dafür sind sowohl in der internationalen Situation als auch und vor allem im nationalen Widerstand des schwer kämpfenden und leidenden deutschen Volkes zu finden.

Von den internationalen Kräften war die Sowjetregierung am entschiedensten gegen die Ruhrbesetzung aufgetreten. In einem Aufruf des Zentralexekutivkomitees vom 13. Januar 1923 hatte die Sowjetregierung die Völker der ganzen Welt vor den Gefahren gewarnt, die sich aus der Ruhrbesetzung ergeben

[1] Friedrich Stampfer, „Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik“, Offenbach 1947, S. 355.

[2] Ferdinand Friedensburg, „Die Weimarer Republik“, Berlin 1946, S. 121.

mußten. Sie hatte dem deutschen Volk und der deutschen Arbeiterklasse ihre volle Sympathie ausgedrückt. In allen Ländern solidarisierten sich die Volksmassen mit dem Kampf der deutschen Arbeiter gegen die Ruhrbesetzung und den Separatismus. Die französischen Kommunisten leisteten eine heldenhafte antimilitaristische Arbeit unter den französischen Truppen, damit sie sich nicht gegen das kämpfende deutsche Proletariat mißbrauchen ließen. In der „Humanité“ und im Parlament enthüllten sie, daß die Separatisten von den französischen Generalen Waffen geliefert erhielten, mit denen die separatistischen Terrorgarden ausgerüstet wurden. Durch Sammlungen wurden in vielen Ländern große Mittel zur Unterstützung der notleidenden deutschen Volksmassen aufgebracht.

Der englische Imperialismus fürchtete ein übermäßiges Anwachsen der Macht und des Einflusses des französischen Imperialismus auf dem europäischen Kontinent. Darin stimmten der englische und der amerikanische Imperialismus faktisch überein. England war aber auch gegen eine Zergliederung, weil es schon damals Deutschland gegen die Sowjetunion ausnutzen wollte. Es war also alles andere als deutschlandfreundlich, wenn England im November 1923 bei der französischen Regierung Einspruch gegen die Zerstückelungspläne erhob, die mit Adenauers Hilfe verwirklicht werden sollten.

Die entscheidenden Niederlagen aber wurden Adenauer und seinem Separatistenklüngel vom deutschen Volke selbst zugefügt. War die Arbeiterklasse auch der führende und aktivste Kämpfer gegen den Separatismus, so wurde er doch auch von der Bauernschaft und weiten Kreisen des Bürgertums, ja selbst des Großbürgertums, bekämpft. An diesem Widerstand der Volksmassen scheiterten Adenauers Versuche, die gesamte Zentrumspartei und darüber hinaus die Sozialdemokratie und andere bürgerliche Parteien für seinen „legalen Separatismus“, diesen getarnten Hochverrat, auszunutzen. Gegen die von Adenauer betriebene Losreißung der Gebiete an Rhein und Ruhr bildete sich faktisch eine nationale Front aller vaterlandsliebenden Deutschen.

An der Spitze des nationalen Kampfes gegen den Separatismus stand die Kommunistische Partei Deutschlands. Als Ende September 1923 die Separatisten zu einer großen Kundgebung für die Rhein-Ruhr-Republik in Düsseldorf aufriefen, war es allein die KPD, die die Massen zum aktiven Kampf mobilisierte. Alle übrigen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten einschließlich des ADGB, hatten beschlossen, den Separatisten die Straße zu überlassen. Die Massen folgten dem Ruf der KPD. Allein aus Düsseldorf marschierten mehr Arbeiter auf, als die Separatisten mit den von den Franzosen gestellten Zügen und Automobilen aus ganz Rheinland und Westfalen an Demonstranten herbeibringen konnten. Die Arbeiter wichen auch vor dem schwer bewaffneten „Selbstschutz“ der Separatisten nicht zurück. Die Polizei mußte eingreifen. Es gab Tote und Verwundete. Selbst der kommunistenfeindliche Dr. Springer muß in seiner Darstellung zugeben, daß dadurch „das für diesen Tag von den Sonderbündlern vorgesehene Programm nicht zur Durchführung gelangte“.

So wie in Düsseldorf war es auch in Aachen, wo die Separatisten am 20. Oktober 1923 durch einen Putsch versuchten, die Macht an sich zu reißen. Die KPD rief die Arbeiterschaft auf, den Separatisten mit den Mitteln des Generalstreiks und des Selbstschutzes entgegenzutreten. Die Kommunisten standen an der Spitze der Kämpfe gegen die Separatisten in München-Gladbach, Krefeld, Duisburg usw. Trotz des Ernstes der Situation scheiterten jedoch alle Bemühungen der Kommunisten, mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in diesem nationalen Abwehrkampf gegen die Separatisten eine einheitliche Front herzustellen. Die sozialdemokratischen Führer, von denen nicht wenige in den Machenschaften der Adenauer, Hagen, Jarres und Stinnes verstrickt waren, lehnten jedes gemeinsame Vorgehen ab. Zu Ehren der sozialdemokratischen Arbeiter muß gesagt werden, daß sie dennoch Schulter an Schulter

mit ihren kommunistischen Genossen gegen die Separatisten kämpften.

Die KPD führte den Kampf nicht nur gegen die extremen Separatisten, sondern ebenso gegen Adenauer und seinen Klüngel. Am 8. November 1923 war der Rheinische Provinziallandtag einberufen worden, um ein neues Manöver zu einer legalen oder scheinbar verfassungsmäßigen Lösung der Rheinlandfrage durchzuführen. Die Tagung sollte bestätigen, was von Adenauer, Hagen, Otto Wolff und Stinnes vorbereitet war. Unter Adenauers Führung trat die Zentrumsfraktion ziemlich geschlossen für die Loslösung des Rheinlandes von Preußen und für die Schaffung einer rheinisch-westfälischen Republik „im Rahmen des Reiches" ein. Die Fraktion der KPD trat den separatistischen Spaltern entschieden entgegen und entlarvte ihre heimtückischen Manöver, die auf die Zerreißung Deutschlands hinausliefen. In der von der Fraktion der KPD am 8. November im Rheinischen Provinziallandtag abgegebenen Erklärung heißt es:

„Die geforderte Loslösung von Preußen und die Schaffung eines eigenen Bundesstaates im Rahmen des Reiches ist nur der erste verhüllte Schritt zur völligen Loslösung von Deutschland. Auch die Schaffung der rheinischen Goldnotenbank soll durch die Errichtung einer eigenen Währung dieser Loslösung dienen...

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten am Rhein und an der Ruhr werden in dem der deutschen Arbeiterschaft aufgezwungenen Abwehrkampf gegen Kapitalsoffensive, Konterrevolution und Faschismus Schulter an Schulter mit dem gesamten deutschen Proletariat stehen. Sie werden sich durch keinerlei Schranken und Grenzen von ihren kämpfenden Brüdern trennen lassen... Die KPD erhebt darum gegen jede Loslösungsbestrebung den allerschärfsten Protest und ruft die gesamte Arbeiterschaft des Rheinlandes zum Kampf gegen *jeden* Separatismus auf."

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat diesen nationalen Kampf gegen die Zerreißung Deutschlands mit zahlreichen Opfern bezahlen müssen. Die Kommunisten waren die entschlossensten und tapfersten Kämpfer bei der Verteidigung der Rathäuser gegen die anstürmenden Separatisten oder bei der Befreiung der Rathäuser, wenn es den Separatisten durch einen Handstreich gelungen war, sie zu besetzen. In diesen Kämpfen haben die Kommunisten nicht geringe Blutopfer gebracht. Ihre

Funktionäre und Mitglieder wurden für ihre tapfere Verteidigung der nationalen Interessen von den französischen Behörden ausgewiesen oder ins Gefängnis geworfen. Die KPD ist die Partei, die für sich den Ruhm in Anspruch nehmen kann, zu der Zeit, da Dr. Adenauer den schamlosesten und schmachvollsten Verrat an der Einheit Deutschlands und dem gesamten, schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volk beging, am entschlossensten, konsequentesten und opferbereitesten für Deutschlands Einheit gekämpft zu haben. Darum haßt Adenauer die KPD. Darum betreibt er ihr Verbot, denn diese Partei kämpft auch heute wieder konsequent gegen seine Politik des nationalen Verrats und der Spaltung Deutschlands.

So wie Adenauer die KPD haßt, so haßt er alle organisierten Arbeiter. Die Masse des rheinisch-westfälischen Proletariats hat 1919 und 1923 seine Pläne zuschanden gemacht. Was Adenauer heute der KPD zugedacht hat, soll morgen die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter treffen. Der Kampf gegen das von Adenauer und Lehr geforderte Verbot der KPD muß darum heute Sache der gesamten Arbeiterklasse und aller national gesinnten Deutschen sein.

### *Alte Pläne in neuer Fassung*

Das französisch lizenzierte Berliner Abendblatt „Der Kurier" brachte im Dezember 1948 eine Artikelserie über die Teheraner Konferenz der Alliierten vom November/Dezember 1943. Die Artikel beruhten, wie die Redaktion des „Kuriers" versicherte, „auf dokumentarischen Berichten der unmittelbar oder indirekt Beteiligten, wie Roosevelt, dessen Sohn Elliot, Hopkins, Marshall, Harriman und Cordell Hull". Sie enthalten eine knappe Zusammenfassung der Pläne für die Zerstückelung Deutschlands, die in Teheran von der amerikanischen und der englischen Delegation vertreten wurden. Nach dem „Kurier" sahen diese Pläne folgendermaßen aus:

„Roosevelt trat für die Aufteilung des Reiches in mehrere souveräne Länder ein: ein verkleinertes Preußen, ein Niedersachsen, ein Großhessen

mit der Pfalz, ein weiterer Staat im Süden, der durch den Zusammenschluß von Bayern, Württemberg und Baden gebildet werden sollte, schließlich noch im Norden ein Staat aus Hamburg und den Gebieten nördlich und südlich des Kieler Kanals. Die beiden Industriegebiete an Ruhr und Saar sollten dem deutschen Volke genommen und unter eine internationale politische und wirtschaftliche Kontrolle gestellt werden.

Churchill wollte Preußen von Deutschland loslösen und die süddeutschen Staaten in eine zu gründende Donauföderation einschließen."

Die amerikanischen und englischen Imperialisten wollten also weit über die Zerstückelungspläne hinausgehen, die Clemenceau und Poincaré am Ende des ersten Weltkrieges im Namen des französischen Imperialismus offen verfochten hatten. Die von Roosevelt und Churchill vertretene Aufteilung Deutschlands stimmte aber in geradezu frappierender Weise mit dem von Adenauer und seinem Klüngel in der „Kölnischen Volkszeitung" 1918 lancierten Plan der Vierteilung Deutschlands überein. Hier tritt der abgrundtiefe Vaterlandsverrat, den Adenauer und sein Separatistenklüngel von 1918 bis 1923 betrieben haben, besonders abstoßend zutage.

Doch die Situation war 1943 bis 1945 eine grundlegend andere als 1917 bis 1919. Das Land, das die Hauptlast des Krieges gegen die Hitlerkoalition trug, war die große Sozialistische Sowjetunion. Die Sowjetmacht hatte allen Völkern des zaristischen Rußlands die nationale Befreiung gebracht. Sie hatte bereits nach dem ersten Weltkrieg das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verteidigt. Sie hatte gegen den Versailler Friedensvertrag ebenso wie gegen die Ruhrbesetzung Stellung genommen und im Vertrag von Rapallo die nationale Souveränität Deutschlands anerkannt. Auch die maßlosen Verbrechen der Hitlerherrschaft konnten die Sowjetunion nicht davon abbringen, die Grundlinie ihrer Stalinschen Politik in der nationalen Frage auch gegenüber dem deutschen Volke zu vertreten. Stalin lehnte auf der Teheraner Konferenz die amerikanischen und englischen Pläne für die Zerstückelung Deutschlands kategorisch ab. Selbst der bereits zitierte „Kurier" gab Stalins Stellungnahme folgendermaßen wieder:

„Er machte aber auch geltend, daß der Wille zur politischen Einheit im deutschen Volke sehr stark sei. Eine Zerschlagung Deutschlands trüge die Gefahr der Wiederauferstehung eines starken Nationalismus in sich. Ihm käme es in erster Linie darauf an, daß die ‚preußische Offiziers- und Junkerkaste' vernichtet würde."

Die amerikanischen und englischen Imperialisten gaben jedoch ihre Pläne, Deutschland zu zerstückeln, nicht so ohne weiteres auf. Sie versuchten wiederholt, auch die Sowjetunion dafür zu gewinnen. Bekanntlich konnte Molotow auf der Moskauer Außenministertagung im Jahre 1947, ohne Widerspruch zu finden, die Feststellung machen:

„Ich muß Sie daran erinnern, daß etwa ein Jahr nach Teheran, und zwar im Oktober 1944, Herr Churchill, der damalige Premierminister Großbritanniens, und Herr Eden, der damalige Außenminister Großbritanniens, nach Moskau kamen. In den Verhandlungen mit der Sowjetregierung unterbreiteten Herr Churchill und Herr Eden im Namen der britischen Regierung ihren Plan der Aufteilung Deutschlands. Diesmal bestand der Vorschlag darin, Deutschland in drei Teile aufzuteilen."[1]

Unter Stalins Führung haben die sowjetischen Delegationen auch auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam alle diese Pläne abgelehnt und das Recht des deutschen Volkes auf nationale Einheit verteidigt. Dieser Standpunkt der Sowjetunion fand seinen Niederschlag im Potsdamer Abkommen, das dem deutschen Volk die Erhaltung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zusichert. Es ist bis heute das einzige gültige internationale Abkommen, das nach der Zerschlagung der Hitlermacht über Deutschland getroffen worden ist.

Die aggressiven imperialistischen Kräfte der USA dachten jedoch nicht daran, in Deutschland eine Politik der Entmachtung des kriegsschuldigen Monopolkapitals, der Junkerkaste und der Militärkamarilla durchzuführen. Sie orientierten sich vielmehr auf eine Zerreißung Deutschlands, damit sie Westdeutschland, sein wirtschaftliches Potential und seine Menschen für ihre aggressive Politik gegen die Sowjetunion und das Lager

---

[1] W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1949, S. 462.

des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus mißbrauchen können. Naturgemäß mußten sie bei der Durchführung dieser Politik ein besonderes Interesse an den nationalen Verrätern haben, die bereits nach dem ersten Weltkrieg die Auflösung und Zerstückelung Deutschlands betrieben hatten. Das war um so naheliegender, als seit dem ersten Weltkrieg die Verflechtung des amerikanischen Finanzkapitals mit dem vaterlandslosen deutschen Finanzkapital außerordentlich vielfältig geworden war. Einer der wichtigsten Exponenten des Finanzkapitals von Rhein und Ruhr ist Bankier Robert Pferdmenges, dutzendfacher Aufsichtsrat in den großen Gesellschaften der Schwer- und Rüstungsindustrie und Vorsitzender des „Sonderausschusses für das Amerikageschäft". Er hat die politische Erbschaft von Louis Hagen angetreten, aus dessen Kreis er kommt. So wie Louis Hagen einst der Busenfreund und Inspirator Adenauers war, so ist Pferdmenges — wie man in Bonn zu sagen pflegt — der böse Geist der Adenauer-Regierung.

### *Separatist bleibt Separatist*

Seit dem Tage, da Adenauer 1945 durch gut informierte Amerikaner als Bürgermeister von Köln wiedereingesetzt wurde, hat er sich zu deren Freude in seiner ganzen Politik als der alte Separatist und Spalter Deutschlands erwiesen. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß die Voraussetzungen für die separatistische Politik Adenauers nach dem zweiten Weltkrieg völlig andere sind als nach dem ersten Weltkrieg, so drängen sich doch eine Reihe von Vergleichen auf.

1919 lautete Adenauers Parole: „Los von Berlin". — 1946 vertraten er und sein Klüngel die Auffassung, daß Deutschlands Hauptstadt nicht von Kartoffeläckern umgeben sein dürfte (wie Berlin), sondern in Rebenhügel eingebettet sein müßte (wie Bonn).

1919 verfolgte Adenauer den Plan, erst einen nordrheinischen Freistaat zu schaffen, um diesen dann mit dem südrheinischen

Gebiet zu einem westdeutschen Freistaat zu vereinen. — Seit 1946 hat er mit der aktiven Unterstützung des von den USA und Großbritannien beschlossenen Zweizonen-Wirtschaftsabkommens sowie als Präsident des Bonner Parlamentarischen Rats im Grunde genommen den gleichen Weg der Zerreißung Deutschlands eingeschlagen.

1923 versuchte Adenauer gemeinsam mit rheinischen Bankiers, durch eine rheinische Sonderwährung Deutschland wirtschaftlich zu zerreißen. — 1948 hat er mit der aktiven Unterstützung der in London beschlossenen separaten Währungsreform dem Wesen nach die gleiche Politik betrieben.

1919 wollte Adenauer das Volk durch ein Wahlmanöver betrügen und die Abgeordneten der Nationalversammlung zwingen, sich an einer Konstituierenden Versammlung für einen rheinischen Pufferstaat zu beteiligen. — Am 14. August 1949 betrog er die westdeutsche Bevölkerung nach dem gleichen Rezept, indem er sich von den Bundestagsabgeordneten mit einer — seiner eigenen — Stimme Mehrheit die Vollmacht geben ließ, auf dem Petersberg das Besatzungsstatut, das Ruhrstatut und die Sicherheitsbehörde anzuerkennen und damit die Besetzung und Spaltung Deutschlands auf unabsehbare Zeit zu verlängern.

1919 und 1923 wollten Adenauer und sein Klüngel das Rheinland einschließlich des Ruhrgebiets durch eine Zollgrenze gegen das übrige Deutschland wirtschaftlich abriegeln. — Heute betreibt er mit Sabotage und Verbot des Interzonenhandels in noch schlimmerer Form die Zerreißung des deutschen Wirtschaftskörpers.

1919 und 1923 malte er das Schreckgespenst einer spartakistischen Gefahr an die Wand, um den Separatismus zu rechtfertigen. — Heute benutzt er die Lüge von einer angeblichen Bolschewisierung der Deutschen Demokratischen Republik, um die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und zu verewigen.

1919 feierte er zusammen mit allen anderen Separatisten die

„westliche Kultur", die der rheinischen Eigenart angeblich am besten entspräche. — Heute muß die „Verteidigung der abendländischen Kultur" herhalten, um die Kriegsrüstungen in Westdeutschland zu rechtfertigen.

1919 und 1923 war es Adenauers Ziel, Kanzler oder Präsident eines westdeutschen Pufferstaates unter französischer Oberhoheit zu werden. — Heute ist er — wenigstens vorläufig noch — von Gnaden der USA Kanzler der westdeutschen Bundesrepublik.

Der Vaterlandsverrat, den Adenauer heute betreibt, ist noch schlimmer und gefährlicher als sein Separatismus nach dem ersten Weltkrieg. Er hat nicht nur die Zerreißung Deutschlands ermöglicht und gefördert, er bedroht Deutschland mit der allerschlimmsten Gefahr, der eines dritten Weltkrieges. Mit der Zustimmung zum Generalvertrag und seinen Zusatzabkommen will Adenauer die westdeutsche Bundesrepublik an den aggressiven Kriegsblock der Atlantikpaktmächte anschließen. Für eine amerikanisch kommandierte Europaarmee will er deutsche Landeskinder als Kanonenfutter opfern. Die westdeutsche Industrie soll durch den Schumanplan ganz in den Dienst der fieberhaft betriebenen „europäischen" Aufrüstung gestellt werden. Jeder europäische Krieg aber würde Deutschland unvermeidlich zum Kriegsschauplatz machen, auf dem Massenvernichtungsmittel die deutsche Bevölkerung in unvorstellbarer Weise dezimieren würden.

Von diesen Tatsachen ausgehend, darf man mit Fug und Recht sagen, daß der Bundeskanzler Adenauer ein noch schlimmerer Hochverräter ist, als der „legale Separatist" Adenauer es bereits war. Wenn der Verfassungsgerichtshof der Bundesrepublik nicht ausländischen Imperialisten, sondern dem deutschen Volke dienen wollte, so müßte er ein Verfahren einleiten, in dem festzustellen ist, daß Bundeskanzler Adenauer des Hochverrats am deutschen Volke schuldig ist und sein Amt unverzüglich niederzulegen hat.

Die geschichtlichen Tatsachen überführen jedoch nicht nur Adenauer des Vaterlandsverrats, sondern sie beweisen auch anschaulich und überzeugend, daß die Separatisten und Hochverräter machtlos sind, wenn sich das deutsche Volk zum gemeinsamen Kampf für seine nationale Einheit erhebt. Dafür sprechen die Ereignisse der Jahre 1919 und 1923, als der extreme wie der legale Separatismus zweimal vernichtende Niederlagen erlitten hat. Sie geben uns die Gewißheit, daß die Spaltung Deutschlands überwunden und die nationale Einheit unseres Vaterlandes wiederhergestellt werden kann, wenn sich alle anständigen Deutschen zu einer großen nationalen Front des Kampfes gegen die Separatisten und Spalter zusammenfinden.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt weiter, daß der deutschen Arbeiterklasse eine besonders große Verantwortung für die Lösung dieser nationalen Aufgabe zufällt. Sie kann dieser nationalen Verpflichtung jedoch nur gerecht werden, wenn die Aktionseinheit der Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und christlichen Arbeiter und Angestellten hergestellt wird. Dann nimmt die Arbeiterklasse in Westdeutschland im nationalen Kampf um Einheit und Frieden wieder die gleiche führende Rolle ein, die sie bereits in den Jahren 1919 bis 1923 gespielt hat.

Die große geschichtliche Aufgabe besteht heute darin, eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zu erzwingen, um freie Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung in die Wege zu leiten. Aus ihnen wird — allen Separatisten und Spaltern zum Trotz — ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland hervorgehen. Allerdings wird das deutsche Volk sorgfältig darauf achten müssen, daß Adenauer nicht auch diese Wahlen zu seinen heimtückischen Spaltungsmanövern benutzt.

Es muß das vornehmste Ziel jeder gesamtdeutschen Verständigung sein, den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem

geeinten Deutschland zu beschleunigen, der auch den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland vorsieht. Solange Adenauer und sein Klüngel unter dem Schutz der Bajonette imperialistischer Mächte wirken können, werden sie die Politik der Spaltung und Zerstückelung Deutschlands fortsetzen. Zudem wird erst der Abzug aller Besatzungstruppen dem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland auch seine nationale Unabhängigkeit und Souveränität wiedergeben.

Für diese großen vaterländischen Ziele mobilisiert die Nationale Front alle anständigen Deutschen, um Spaltung und Kriegsgefahr zu überwinden und einem geeinten deutschen Vaterlande den Frieden zu sichern. Nur der gemeinsame Kampf aller anständigen Deutschen gibt auch die Gewähr, daß dem Separatisten und Hochverräter Adenauer sein schmutziges Handwerk für immer gelegt wird.

## „Integration Europas" — eine Losung der amerikanischen Imperialisten

Der Sinn politischer Schlagworte, besonders wenn sie recht „gelehrt" und „theoretisch" erscheinen sollen, läßt sich selten oder nie aus ihrer wörtlichen Verdeutschung ablesen. Ihr wahrer Sinn kann nur erfaßt werden, wenn ihre Entstehung als politische Begriffe und die politische Zielsetzung derjenigen klar ist, die sie im Munde führen. Das gilt ganz besonders von dem neuesten Schlagwort, das Adenauer und seine amerikanischen Hintermänner jetzt so häufig strapazieren, von der sogenannten „Integration Europas". Eine einfache Verdeutschung ergäbe „Wiederherstellung" oder „Vereinheitlichung Europas". Danach wäre man so klug als wie zuvor.

Der Urheber des Begriffs „Integration" in der imperialistischen Staatslehre, *Prof. Dr. Rudolf Smend*, übersetzte Integration mit „einigendem Zusammenschluß", wozu der Berliner „doppelt gemoppelt" sagen würde. Immerhin lohnt es sich, die Integrationstheorie Prof. Smends und ihre Bedeutung für die ideologische Vorbereitung und theoretische Rechtfertigung der blutigen und kriegerischen Hitlerherrschaft kurz zu betrachten. Dann wird auch verständlich, warum Acheson, McCloy und Adenauer eine derartige Vorliebe für den Begriff „Integration" an den Tag legen.

### *Faschismus und Krieg als „allseitige Integration"*

Als sich das deutsche Monopolkapital anschickte, seine uneingeschränkte und zügellose Herrschaft, die faschistische Diktatur über das deutsche Volk vorzubereiten, hatte es ein direktes

Interesse daran, ihre Errichtung als den „einigenden Zusammenschluß“ aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes darzustellen.

Eine der „Theorien“ zur Rechtfertigung der faschistischen Diktatur lieferte besagter Dr. Rudolf Smend, damals Professor des Öffentlichen Rechts an der Universität Berlin. Im Jahre 1928, als seine Schrift „Verfassung und Verfassungsrecht“ erschien, hatte die relative Stabilisierung des Kapitalismus nach dem ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt überschritten, und die große Weltwirtschaftskrise mit ihren besonders verheerenden Folgen für Deutschland kündigte sich bereits an. Es war zu der Zeit, als Stalin voraussagte, daß die kapitalistische Stabilisierung durch eine weitere Entwicklung ihrer inneren Widersprüche erschüttert und eine schroffe Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus eintreten wird. Diese Entwicklung brachte eine enorme Verschärfung der Klassengegensätze, eine Revolutionierung der Arbeiterklasse und eine Linksentwicklung der Mittelschichten sowie in den internationalen Beziehungen ein akutes Ansteigen der Kriegsgefahr mit sich. In den folgenden Jahren erwies sich immer mehr, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande war, mit den alten Methoden des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, weshalb sie zu terroristischen Regierungsmethoden im Innern und zur Politik des Krieges nach außen ihre Zuflucht nahm.

In dieser Situation war die Pseudotheorie vom „Staat als Integration“ nichts anderes als ein Beitrag zur ideologischen und „staatsrechtlichen“ Vorbereitung der faschistischen Diktatur, der Militarisierung des ganzen Volkes und des Eroberungskrieges. Besser als Smend es tat, konnte der Herrschaftsanspruch des Monopolkapitals gar nicht vertreten werden:

„*Machtvolle Herrschaft und Durchsetzung nach innen und außen* wird man am leichtesten ... als eigenes Wesen des Staates gelten lassen ... Deshalb ist der Staat nur wirklich, wenn er im Innern von Rechts wegen und durch *tatsächliche Unwiderstehlichkeit seiner Macht* herrscht, und wenn er nach außen zu *siegreicher Verteidigung* imstande ist.“ (S. 46.)

Smends imperialistische Pseudolehre vom Staat kennt verschiedene Arten von Integration, wobei die sogenannte „persönliche Integration" den Monarchen oder „Führer" verherrlicht, der „in der eigenen Person Verkörperung, Integration des Volksganzen zu sein" hat. Danach ist es durchaus folgerichtig, wenn diese Integrationslehre auch den Parlamentarismus, geheime Wahlen und das Verhältniswahlrecht ablehnt. Durchaus im Nazijargon werden bei Smend „Ostjuden" als „unmögliche Führer deutschen Staatslebens" empfunden. Die Farben schwarz-rot-gold werden als „ungeeignet zur Integration durch's Symbol" verworfen.

Smend scheute sich dabei nicht, zuzugeben, woher er seine Weisheiten von der „Integration" geschöpft hatte:

> „*Die große Fundgrube* für Untersuchungen in dieser Richtung ist aber heute *die Literatur des Faschismus.* So wenig sie eine geschlossene Staatslehre geben will, so sehr sind Wege und Möglichkeiten neuer Staatswerdung, Staatsschöpfung, staatlichen Lebens, d. h. genau dessen, was hier als Integration bezeichnet wird, ihr Gegenstand ..." (S. 23.)

Doch der Herr Professor begnügte sich nicht damit, sich auf dem Dunghaufen der faschistischen Literatur die Thesen für seine Pseudotheorie zusammenzukratzen. Er pries schließlich die unverhüllte und brutalste Diktatur des Monopolkapitals, der Bankherren und Kanonenkönige, als allseitige Integration:

> „Es gehört zu den *starken Seiten des Faschismus* ..., daß er diese Notwendigkeit *allseitiger Integration* mit großer Klarheit gesehen hat, bei aller Ablehnung des Liberalen und Parlamentarischen doch die Technik funktioneller Integration *mit Meisterschaft* handhabt ..." (S. 62.)

Die faschistische Diktatur war jedoch nicht nur blutig und brutal gegenüber dem eigenen Volk, sie war auch gegenüber anderen Völkern die aggressivste und kriegslüsternste Herrschaft des Monopolkapitals. Auch hierfür lieferte die Integrationstheorie die notwendige ideologische Rechtfertigung. Für die schon erwähnte „siegreiche Verteidigung" nach außen war es notwendig, das ganze Volk zu militarisieren. Darum ist auch nach Smend das Heer „vor allem eine Lebensform des Staatsvolks". Er greift die blutige Hohenzollern-Phrase auf, daß eine

Kaiserkrone *nur auf dem Schlachtfelde* errungen werden könne, und deutet sie dahin, „daß nur ein Sieg in einem siegreichen Heere und dem dahinterstehenden Volke *die Integration zur Nation* herbeiführen könne".

So war die Pseudotheorie vom „Staat als Integration" eine direkte Wegbereitung der blutigen Naziherrschaft samt dem Militarismus und dem imperialistischen Raubkriege. Es war darum auch nicht zufällig, daß ihr Urheber sich im Jahre 1933 in seinen Vorlesungen an der Berliner Universität krampfhaft bemühte, die Notverordnungen und Blutgesetze Hitlers „staatsrechtlich" zu begründen.

Das alles ist durchaus nicht nur für die Klärung des Begriffs „Integration" von Belang. Prof. Smend lehrt noch heute an der Universität Göttingen und ist ordentliches Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaften. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte er auch ein Parteigänger Dr. Adenauers bei der „Einschmelzung" oder „Integrierung" Westdeutschlands in den amerikanischen Kriegsblock sein.

### *Die amerikanische „Integration Europas"*

Der Ausgang des zweiten Weltkrieges hat die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems verschärft und vertieft. Dank der Siege der Sowjetarmee haben sich die vom Faschismus unterjochten Völker Ost- und Südosteuropas ihre nationale und soziale Befreiung erkämpfen können. Dank der Zerschlagung der Hauptkräfte des japanischen Imperialismus durch die Sowjetarmee hat die Kommunistische Partei Chinas an der Spitze der Volksbefreiungsarmee und aller Werktätigen die in- und ausländischen Kräfte des Imperialismus zerschlagen und das große chinesische Volk aus der halbkolonialen Abhängigkeit befreien können. Die Entstehung und Festigung der Volksrepubliken Europas und Asiens hat den Herrschaftsbereich des Imperialismus beträchtlich eingeengt. Die Siege des chinesischen Volkes und der tapfere Kampf des koreanischen und des vietischen Volkes zeigen deutliche Auswirkungen in den Befreiungs-

bewegungen der Völker ganz Asiens und Afrikas. Der Kampf der kolonialen und halbkolonialen Völker um ihre nationale Befreiung und Unabhängigkeit erschüttert das ganze Hinterland des Imperialismus.

Von den imperialistischen Siegermächten gingen nur die Vereinigten Staaten von Amerika ungeschwächt aus dem zweiten Weltkrieg hervor, ja, sie waren seine direkten Nutznießer. Sie haben ihren Produktionsapparat beträchtlich erweitert, haben sich in der ganzen kapitalistischen Welt militärische Stützpunkte geschaffen und selbst solche imperialistischen Großmächte, wie Großbritannien und Frankreich, in finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht. Das amerikanische Monopolkapital nutzte den Sieg der Alliierten über Deutschland, Japan und Italien nicht nur aus, um sich in diesen Ländern feste wirtschaftliche, politische und militärische Machtpositionen zu schaffen, sondern machte sich auch die Nachkriegsschwierigkeiten seiner Verbündeten in Europa zunutze, um sie der amerikanischen Kontrolle zu unterwerfen.

Völlig gescheitert sind jedoch die amerikanischen Versuche, sich auch in die inneren Angelegenheiten der großen sozialistischen Sowjetunion und der Volksrepubliken einzumischen, sie finanziell, wirtschaftlich und politisch abhängig zu machen. Die Sowjetunion hat nicht nur die Schäden des Hitlereinfalls in raschem Tempo überwunden, sondern durch die Übererfüllung des Stalinschen Nachkriegsfünfjahrplans einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erzielt, so daß ihre Industrieproduktion im Jahre 1951 doppelt so groß ist wie im letzten Vorkriegsjahr 1940. Auf der Grundlage dieser wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge erheben sich jetzt die grandiosen Stalinschen Bauwerke des Kommunismus, erfolgt ein neuer, beispielloser Produktionsaufschwung, der die Sowjetunion gegen alle Zufälligkeiten sichert. Gestützt auf die Erfahrungen und die großzügige Hilfe der Sowjetunion, erbauen die europäischen Volksrepubliken die Grundlagen des Sozialismus, stellt die Volksrepublik China die von den Imperialisten und dem Kuomintang-

Klüngel zerrüttete und ruinierte Wirtschaft des riesigen Landes mit großem Erfolg wieder her. Dieses Lager des Friedens schöpft seine unbezwingliche Kraft eben aus der Freundschaft und vertrauensvollen Zusammenarbeit national befreiter und souveräner Völker. In diesem Lager stehen auch Millionen und aber Millionen friedliebender Menschen der kapitalistischen Welt.

Die unterschiedliche Entwicklung der beiden Weltlager, des demokratischen, antiimperialistischen Friedenslagers und des imperialistischen Kriegslagers, zeugt von der fortschreitenden Schwächung des Imperialismus, von seiner sich vertiefenden allgemeinen Krise. Die Imperialisten, allen voran die amerikanischen, haben aber das Bestreben, ihre „Einflußsphären" zu erweitern, sich andere Völker zu unterwerfen und die Weltherrschaft zu erobern. Daraus entspringt ihre aggressive Politik, die sich in erster Linie gegen die Sowjetunion und die Volksrepubliken richtet. Der Krieg erscheint den Imperialisten als das einzige Mittel, den Lauf der Geschichte aufzuhalten und mit den inneren Schwierigkeiten und äußeren Gegensätzen ihrer Staaten fertig zu werden.

Das amerikanische Monopolkapital betreibt diese Aggressionspolitik, indem es die gesamte wirtschaftliche und militärische Macht der USA einsetzt, um seine während des zweiten Weltkrieges gewonnenen Positionen in der kapitalistischen Welt nicht nur zu festigen, sondern maximal zu erweitern. Finanzielle Abhängigkeit, Beherrschung der entscheidenden Industriezweige, Kommando über die wichtigsten Machtinstrumente, wie Heer, Luftwaffe, Marine und Polizei, Aufkauf und Amerikanisierung von Presse, Rundfunk und Film — das sind die Mittel und Methoden, mit denen das amerikanische Monopolkapital sich die übrigen kapitalistischen Länder botmäßig und für seine Aggressionspolitik gefügig zu machen sucht. Es braucht einen schrankenlosen Absatzmarkt für seine Überproduktion, es will alle Rohstoffquellen beherrschen und über die Völker wie über Schlachtopfer verfügen, die es widerspruchslos in seine Aggres-

sionskriege schicken kann. In diesem Sinne hat der *USA-Außenminister Acheson* im Februar 1951 davon gesprochen, daß *„Westeuropa ein Reservoir von über 200 Millionen Menschen darstellt,* die ihre Fähigkeiten, ihren Mut und ihre wirtschaftlichen Grundlagen der gemeinsamen Verteidigung zur Verfügung zu stellen haben".

Mit besonderem Haß verfolgt der amerikanische Imperialismus darum die revolutionäre Arbeiterbewegung und alle demokratischen und patriotischen Kräfte, die für die nationale Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder kämpfen. Das hat seinen guten Grund, ist doch die nationale Souveränität der Völker eines der ernstesten Hindernisse, auf die die amerikanische Aggressionspolitik stößt. Eben deshalb bezeichnen die Klopffechter des amerikanischen Imperialismus die Existenz freier und unabhängiger Nationen als veraltet, überlebt und schädlich. Das vieldeutige Losungswort, unter dem die nationale Selbstbehauptung der europäischen Völker gebrochen werden soll, heißt „Integration Europas".

Nach den bitteren Erfahrungen, die die Völker im zweiten Weltkrieg mit der faschistischen „Neuordnung Europas" gemacht hatten, war es dem amerikanischen Imperialismus jedoch unmöglich, seinen Kampf um die Beherrschung Europas mit einem Frontalangriff gegen die nationale Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Völker zu beginnen. Er begann ihn unter dem Aushängeschild der Hilfeleistung für die durch den Krieg ruinierten und verwüsteten Länder. An die Gewährung einer Dollaranleihe für Frankreich im Mai 1947 wurde jedoch nicht zufällig die Bedingung geknüpft, daß die Kommunisten aus der Regierung Frankreichs entfernt werden müssen. Im Kampf gegen Hitlers „Neuordnung Europas" haben sich die Kommunisten und Antifaschisten als die tapfersten Kämpfer für die nationale Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Völker erwiesen. Darum richten auch die amerikanischen Imperialisten in ihrem Bestreben, sich die europäischen Völker zu unterwerfen, ihren ersten Schlag gegen die Kommunisten. Darum erzwingen

sie reaktionäre Änderungen der Wahlgesetze, die Abschaffung demokratischer Rechte und Freiheiten, den Erlaß von Terrorgesetzen und Parteiverboten, die Entfernung antifaschistischer Widerstandskämpfer aus dem Staatsapparat und ihre Ersetzung durch nationale Verräter oder Kriegsverbrecher. Nach der Trumandoktrin erhalten amerikanische „Hilfe“ nur die reaktionärsten Regierungen, die — wie die monarchistische Henkerregierung Griechenlands oder die Terrorbande Titos — den aktiven Kampf gegen die demokratischen Bewegungen des eigenen Volkes und gegen das Friedenslager führen.

Das größte Betrugsmanöver gegenüber den europäischen Völkern war der sogenannte Marshallplan. Unter dem Aushängeschild der „Hilfe“ wurden entscheidende Industriezweige der europäischen Länder in amerikanische Abhängigkeit gebracht oder nach amerikanischen Weisungen stillgelegt. Der Marshallplan war die bewußte Politik der wirtschaftlichen Durchdringung der europäischen Länder. Er beinhaltete das Recht der amerikanischen „Spender“, wirtschaftliche und politische Änderungen in den Ländern zu fordern, damit die amerikanische „Hilfe“ wirksam werden könnte. In der Tat war er ein schwerer Schlag gegen die nationale Souveränität der europäischen Staaten. Im Verlauf der Durchführung des Marshallplans zeigte sich zudem, daß er in steigendem Maße zur Erzwingung der von den USA-Imperialisten geforderten fieberhaften Aufrüstung benutzt wurde. Seit langem werden die sogenannten Gegenwertsfonds, also die Beträge, die die europäischen Völker für die Marshallplanlieferungen zahlen müssen, fast ausschließlich für die Forcierung der Rüstungsindustrie und der Aufrüstung benutzt. Die Zeiten, da General Marshall die wirklichen Absichten der USA-Imperialisten hinter heuchlerischen Redensarten von Menschlichkeit und Hilfe verbarg, sind vorbei. Bei *Acheson* (Oktober 1951) heißt es klipp und klar: „Wir sollten sicherstellen, daß wir *für jeden Dollar auch den vollen Gegenwert an Verteidigungskraft* erhalten — oder, falls möglich, noch mehr.“

Die Kennzeichnung des Marshallplans, die *Shdanow* im September 1947 auf der Informationsberatung von Vertretern einiger kommunistischer Parteien gegeben hat, hat sich als in jeder Hinsicht zutreffend erwiesen:

„Das Wesen der nebelhaften, bewußt verschleierten Formulierungen des ‚Marshallplans' besteht darin, einen Block von Staaten, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber verbunden sind, zusammenzuzimmern und die *amerikanischen Anleihen als Gegenleistung für den Verzicht der europäischen Staaten auf ihre wirtschaftliche und später auch auf ihre politische Selbständigkeit zu gewähren.*"[1]

Immer offener, rücksichtsloser und brutaler versucht der amerikanische Imperialismus, die Preisgabe der politischen Selbständigkeit der europäischen Staaten, die „Integration Europas", zu erzwingen. Heute genügen die wortreichen Salbadereien in der Straßburger Europaunion nicht mehr. Heute schafft sich der amerikanische Imperialismus rücksichtslos die Machtmittel zur „Integration Europas". Es ist der Zusammenschluß der westeuropäischen Schwerindustrie unter Führung der amerikanischen Monopole, in die *Acheson*, wie er bei der 250-Jahrfeier der Stadt Detroit sagte, für die *„Steigerung des Potentials der Rüstungsindustrie in Westeuropa"* große Erwartungen setzt. Es ist die Schaffung der *Europaarmee*, von der *McCloy* sagte, daß sie *„wohl das wirksamste Zeichen dieser Gemeinschaft* darstellen würde, das man sich denken kann". Und *Truman* drohte am Vorabend der Pariser UN-Tagung: „Als Ergebnis des Besuches General Eisenhowers werden zur Zeit Vorkehrungen getroffen, um die Ausbildung und Ausrüstung der vereinigten Streitkräfte in Europa zu beschleunigen." So soll — nach bekanntem Rezept — auch die Integration der europäischen Nationen zum Europa-Volk auf dem Schlachtfeld, d. h. im Massengrab, erfolgen.

Wie in der Vergangenheit der „integrale" oder „integrierte"

---

[1] A. Shdanow, „Über die internationale Lage", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 26 (Hervorhebungen von mir. O. W.).

Staat der faschistische Staat war, d. h. die terroristische Diktatur des brutalsten und aggressivsten Monopolkapitals, so soll heute das „integrale“ oder „integrierte“ Europa das vom aggressivsten amerikanischen Monopolkapital beherrschte Europa sein. Überall, wo sich die amerikanische Integration in den europäischen Ländern durchsetzt, ist sie von Reaktion und Terror, vom Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, von steigendem wirtschaftlichen Druck, von den Lasten der fieberhaft betriebenen Aufrüstung und von dem zunehmenden Verlust der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit begleitet.

Doch die europäischen Völker haben ihre Erfahrungen mit der faschistischen „Neuordnung Europas“ nicht umsonst gemacht. Je offener in den letzten Monaten Sinn und Inhalt der amerikanischen „Integration Europas“ geworden sind, desto mehr hat der Widerstand der Volksmassen zugenommen. Selbst den vom amerikanischen Monopolkapital gekauften Politikern und Ministern ist es heute nicht möglich, ihren nationalen Verrat ohne Winkelzüge und Manöver zu begehen. Die Krise der sogenannten „Europaidee“ ist bereits zu einer Dauererscheinung geworden. Weder der Schumanplan noch die Europaarmee lassen sich so glatt und rasch unter Dach und Fach bringen, wie die amerikanischen Imperialisten es wünschen und befohlen haben. Die Auseinandersetzungen auf der Tagung der Außenminister des Atlantikkriegsblocks in Rom, die neuerliche Vertagung der Beschlußfassung über die Europaarmee, die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Schumanplans in fast allen beteiligten Ländern und der Rücktritt eines so willfährigen amerikanischen Lakaien wie des Herrn Henri Spaak vom Vorsitz der Europaunion — all das zeigt, wie groß die Schwierigkeiten sind, die der nationale Widerstand der Volksmassen und ihr Kampf für den Frieden den Herrschaften bereiten. Wie die Kommunisten an der Spitze der Arbeiterklasse die führenden Kräfte gegen Hitlers „Neuordnung Europas“ waren, so sind sie es heute im Kampf gegen die amerikanische „Integration Europas“.

In der auf die Beherrschung Europas gerichteten Politik des amerikanischen Imperialismus spielt Westdeutschland bereits seit langem eine besondere Rolle. Es ist die würdelose Rolle eines Büttels nicht nur gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepubliken und die Sowjetunion, sondern auch gegenüber den westeuropäischen Völkern. Nicht zufällig wurde in der letzten Zeit aus New York mehrmals gedroht, man werde eine neue deutsche faschistische Wehrmacht schaffen, wenn die westeuropäischen Länder nicht rasch und bedingungslos Truppen für die Europa-Armee Eisenhowers stellen würden.

Der amerikanische Imperialismus stützt sich bei seiner Deutschlandpolitik vor allem auf die deutschen Bankherren und Kanonenkönige, die — nach einem Worte Karl Liebknechts — seit je den Vaterlandsverrat als ihr Privilegium und ihre vornehmste Geschichtstradition betrachten. Noch nie aber wurde die Bevölkerung Westdeutschlands gefragt, ob sie mit der Einbeziehung in den Atlantikkriegsblock, in die Europaarmee und in die „europäische Vereinigung von Kohle und Stahl" (Schumanplan) einverstanden ist. Dennoch haben die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Washington erklärt, „daß die Politik ihrer Regierungen die Integration Deutschlands in eine kontinentale europäische Gemeinschaft" zum Ziel hat. Diesen Washingtoner Auftrag erfüllt Adenauer mit seinem Eintreten für die *Integration Deutschlands in Europa. Das ist keine deutsche, auch keine europäische, das ist amerikanische Politik, die Politik des nationalen Verrats.*

Der nationale Verrat Adenauers unter der Losung der Integration besteht *erstens* darin, daß seine Abmachungen mit Acheson und McCloy Deutschland auf unabsehbare Zeit spalten, daß er die nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes verschachert und Westdeutschland zum Menschen- und Wirtschaftsreservoir für die Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus macht. In Paris erklärte Adenauer über seine Beratung mit Acheson, Eden und Schuman vor der

Presse, sie wäre „ein historisches Ereignis, das Westdeutschland für immer an das Lager der Westmächte anschließt".

Die in Stuttgart erscheinende „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" schrieb am 5. Dezember 1951, daß Adenauer mit dem Ergebnis von Paris so zufrieden sei, weil nach dem Generalvertrag kein Deutschland möglich sei, „das zwischen West und Ost zu bedrohlicher Selbständigkeit emporwachsen könnte". Hinter dieser Formulierung versteckt sich nichts anderes als der glatte Verzicht auf die nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands. Der Generalvertrag bedeutet aber auch die Verlängerung der Spaltung Deutschlands auf unabsehbare Zeit, denn nach dem offiziellen Pariser Kommuniqué behalten sich die Westmächte ausdrücklich alle ganz Deutschland betreffenden Fragen, als ihre Sonderrechte vor. So erfüllt Adenauer gehorsam McCloys Befehl, der am 18. Oktober 1951 gegen jeden Versuch einer gesamtdeutschen Verständigung mit den Worten Stellung nahm: „Wir werden keine Schritte und keine Handlungen unternehmen und zulassen, die die Integrierung Deutschlands in die westliche Verteidigungsgemeinschaft behindern könnten."

Der nationale Verrat Adenauers unter der Losung der Integration besteht *zweitens* darin, daß er mit dem Generalvertrag und seinen Zusatzabkommen die Verpflichtung zur Lieferung deutscher Landeskinder für die Europaarmee übernommen hat, wobei fürs erste 12 Gruppen (oder Divisionen) mit je 13 000 Mann und je 7000 Mann Troß gestellt werden sollen. Außerhalb dieser Gruppen (oder Divisionen) bleiben die Arbeitskompanien, die Nachschubbataillone und Pioniertruppen, die Luftwaffe und die Marine. Das sind die Verpflichtungen auf die Lieferung von Kanonenfutter, die bisher bekannt geworden sind. Die tatsächlichen Verpflichtungen gehen jedoch noch viel weiter. Die reaktionären Militaristen, deren sich Adenauer bedient, haben ja bereits aus der Weimarer Republik große Erfahrung darin, das wirkliche Ausmaß ihrer Aufrüstung vor dem deutschen Volke und der Welt zu verschleiern oder geheimzuhalten.

Der nationale Verrat Adenauers unter der Losung der Integration besteht *drittens* darin, daß er Westdeutschland zum Aufmarschgebiet, zur Hauptkampflinie des amerikanischen Krieges in Europa macht. Das ist die unvermeidliche Folge der Abkommen über die verstärkte Stationierung von imperialistischen Invasionstruppen und die Hilfeleistung bei ihren Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland.

Der nationale Verrat Adenauers unter der Losung der Integration besteht *viertens* darin, daß er das gesamte deutsche Industriepotential der Aufrüstung für den amerikanischen Krieg in Europa unterordnet, wofür der Schumanplan die Grundlage bildet. Er zerrüttet die westdeutsche Friedensindustrie, während der deutsche Innen- und Außenhandel durch die amerikanischen Ausfuhr- und Lieferverbote ruiniert wird.

Der nationale Verrat Adenauers unter der Losung der Integration besteht *fünftens* darin, daß er sich verpflichtete, die gesamte Last der Wiederaufrüstung einschließlich der Kosten für die militärische Besetzung der westdeutschen Bevölkerung aufzubürden. Mit der Anerkennung der Vorkriegs-Auslandsschulden und der Marshallplan-Verschuldung wird die Bundesrepublik zudem noch auf Gnade und Ungnade den amerikanischen Finanzherren ausgeliefert.

### *Die nationale Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse*

Angesichts dieser tödlichen Bedrohung der deutschen Nation durch die Politik der Integration trägt die deutsche Arbeiterklasse eine besonders große Verantwortung. Sie ist berufen, an der Spitze des Kampfes um die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands zu stehen. Darum ist gerade in der Arbeiterklasse jede Irreführung, jeder Versuch, die Sache so darzustellen, als hätte die Integration Europas mit einem Zusammenschluß der europäischen Völker oder gar dem Internationalismus auch nur das Geringste zu tun, so überaus schädlich und verderblich.

*Schumacher* und *Fette* handeln durchaus als Agenten des ame-

rikanischen Monopolkapitals, wenn sie sich gegenüber Adenauer als die besseren Verfechter der „Integration Europas" aufspielen, wenn sie versichern, sie hätten mehr herausgeholt. Das ist eine heuchlerische und doppelzüngige Politik, die ihre um die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands besorgten Anhänger irreführen soll.

*Carlo Schmid*, der sozialdemokratische Vertreter in der Europaunion, hat in Straßburg erneut verlangt, daß die USA *„mehr Truppen nach Europa* entsenden mögen". Er hat die Ausdehnung der „Integration Europas" auf Warschau, Sofia und Budapest, also die Unterwerfung auch der Volksrepubliken unter die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus vorgeschlagen. Der zweite Vorsitzende der SPD, *Erich Ollenhauer*, forderte in Brüssel noch die Ausdehnung der „Integration Europas" auf Großbritannien und die skandinavischen Länder. Ihm ist das bisher unter amerikanischem Diktat stehende *„Klein-Europa"* zu gering. Deshalb versicherte er: „Wir deutschen Sozialisten sind nicht neutral. Wir wollen mit allen Kräften" an der Eisenhowerschen Europaarmee teilnehmen. McCloy ließ in seinem Leibblatt Ollenhauer dafür die „allgemeine Zustimmung", also den Dank der Wallstreet-Magnaten aussprechen. Die Werbetrommler der amerikanischen Weltherrschaftspläne in der Führung der SPD haben dieses Lob gewiß verdient. Sie verdienen ebenso gewiß die Verachtung und den Fluch der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre. Den sozialdemokratischen Anhängern durch geduldige und überzeugende Aufklärung zu dieser Erkenntnis zu verhelfen, das ist unsere Aufgabe.

Gegen die amerikanische „Integration Europas" kann es nur kompromißlosen und unversöhnlichen Kampf geben. Es ist der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischen Grundlagen, um den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages, der die volle nationale Souveränität Deutschlands wiederherstellt. Es ist der entschlossene Kampf gegen jede Form der Remilitarisierung und Auslieferung der

deutschen Jugend an die Europaarmee. Dieser nationale Kampf des deutschen Volkes hat in der Deutschen Demokratischen Republik seine starke und feste Basis. Sein Programm ist gegeben in den Regierungserklärungen Otto Grotewohls und den Angeboten der Volkskammer an den Bundestag, in den Briefen unseres Präsidenten Wilhelm Pieck an Bundespräsident Heuß und in den Erklärungen unserer Regierungsdelegation vor dem Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen in Paris.

Unser nationaler Kampf um Einheit und Friedensvertrag findet die uneigennützige und wirksame Unterstützung der großen Sowjetunion, die nach Stalins Grundsätzen für die nationale Selbstbestimmung aller, auch der im Hitlerkrieg besiegten Völker eintritt. In diesem Kampf sind wir international verbunden mit den friedliebenden Kräften aller europäischen Völker, die den Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit, gegen Aufrüstung und Krieg führen. Die wirkliche Einheit und echte Gemeinsamkeit aller europäischen Völker ist allein im großen Weltfriedenslager gegeben, das den Kampf gegen die aggressive amerikanische Kriegspolitik führt, deren Werkzeug die sogenannte „Integration Europas“ ist.

# Inhalt

## Der Vaterlandsverrat des Separatistenführers Dr. Konrad Adenauer

**Der Sieg über den Separatismus nach dem ersten Weltkrieg und seine Lehren für den nationalen Kampf um die Einheit Deutschlands**


Der Rabbi und der Mönch .............................. 4
Die Pläne der Zerstückelung Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg .............................. 5
Handlanger des vaterlandslosen Finanzkapitals ............ 7
Adenauer bietet sich an .............................. 9
Ein heimtückischer Plan .............................. 10
Die rheinische Arbeiterschaft greift ein .................. 12
Adenauers Verrat am Kampf gegen die Ruhrbesetzung ...... 16
Eine separatistische „Währungsreform" .................. 16
„Wildere Separatisten als die Französlinge" .............. 18
Adenauer löst Dorten ab .............................. 19
Woran ist Adenauers Vaterlandsverrat gescheitert? .......... 21
Alte Pläne in neuer Fassung .......................... 25
Separatist bleibt Separatist .......................... 28
Eine Lehre für alle national gesinnten Deutschen ............ 31


## „Integration Europas" — eine Losung der amerikanischen Imperialisten


Faschismus und Krieg als „allseitige Integration" ............ 33
Die amerikanische „Integration Europas" .................. 36
„Integration" — eine tödliche Bedrohung der deutschen Nation 43
Die nationale Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse .... 45

Preis 0,20 DM

Im gleichen Verlag erschien:

*Albert Norden*

## SO WERDEN KRIEGE GEMACHT!

*Über Hintergründe und Technik der Aggression*

2. Auflage · 172 Seiten
Broschiert 1,50 DM · Halbleinen 2,80 DM

Eine Mahnung von brennender Aktualität in unseren Tagen, da der amerikanische Imperialismus versucht, die Welt von neuem in Brand zu setzen. Die Wand der Lügenpropaganda durchstoßen, hinter der die Kriegsabenteuer dieses Jahrhunderts vorbereitet wurden und werden, die wirklichen Triebkräfte, die Methoden der Aggression und das Geheimnis der Kriegsentstehung aufdecken, um den Menschen rechtzeitig die Augen zu öffnen - das gehört heute zu den dringendsten Aufgaben aller Kämpfer für den Frieden

DIETZ VERLAG BERLIN